



Als vor zwei Jahren die Pleite der US-Bank Lehmann-Brothers zur weltweiten Finanzkrise führte, reagierte die EU blitzschnell mit Hilfs- und Krisenpaketen.

Nachhaltige Reformen im Finanzwesen ließen aber auf sich warten. Jetzt soll es eine gemeinsame Aufsicht des Finanzmarktes geben. Das Ergebnis eines langen Kampfes.

Brüssel übernimmt die Super-Kontrolle von Banken

Anfang 2011 nehmen vier neue EU-Behörden ihre Arbeit auf – das Europäische Parlament und die Kommission feiern ihren Erfolg

Von Giorgio Tzimurtas

Der Jubel kommt von einem seltenen Bündnis. Im Europäischen Parlament triumphierten derzeit vor allem Konservative, Sozialdemokraten, Liberale und Grüne angesichts eines gemeinsamen weitreichenden Sieges über die Regierungen der 27 EU-Länder. Die bunte Mehrheit in der Volksvertretung hat ihr Ziel erreicht: Die EU erhält eine gemeinsame Bankenaufsicht – und eine machtvolle noch dazu. Die Mitgliedsstaaten übertragen an Europa ein weiteres Stück ihrer Souveränität.

Nach langen und harten Verhandlungen gab der Rat, das Gremium der EU-Regierungsvertreter, schließlich klein bei. Anfang September billigten die versammelten Wirtschafts- und Finanzminister der Gemeinschaft den Kompromiss, der in vielen Teilen zugunsten der Parlamentspositionen ausfiel. Ebenso denkwürdig ist: Das Parlament und die EU-Kommission zogen in der Frage an einem Strang. Das Ergebnis: Ab Januar 2011 sollen vier neue Kontrollbehörden ihre Arbeit aufnehmen. Dabei handelt es sich um die Bankenaufsicht (EBA), die Wertpapieraufsicht (ESMA), die Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht (EIOPA) sowie ein Frühwarngremium (ESRB) unter dem Vorsitz des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB).

Am Mittwoch stimmt das Europäische Parlament über die Endfassung der Gesetzesvorschlüsse ab. Die große Mehrheit dafür ist gewiss. Der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU) unterstreicht: „Unsere Verbesserungen wurden akzeptiert. Das Parlament hat sich durchgesetzt“. Und der SPD-Europa-Abgeordnete Matthias Groote aus Rhade nennt das Ergebnis zur künftigen



Heftiger Protest im Frankfurter Bankenviertel von Bürgern, die durch die Lehmann-Pleite Geld verloren. Damit ein ähnlicher Zusammenbruch eines Kreditinstituts künftig weitgehend ausgeschlossen werden kann, wird global an Reformen der Finanzaufsicht gearbeitet. In der EU steht eine wichtige Neuerung an: Die Aufsicht über EU-weit tätige Banken übernehmen künftig vier Behörden, die der EU-Kommission unterstehen. Foto: ddp

tigen EU-Bankenaufsicht ein, derdings fordert Giegold auch, „dass weiter Reformen folgen müssen“. Er bedauert, dass der Rat sich in diesen zwei Punkten durchgesetzt hat: Es obliegt dem Rat, den Notfall auszurufen. „Die Alternative wäre aber ein Scheitern der EU-Aufsicht gewesen“, gibt Giegold einen Einblick in die Verhandlungen. Und: Drei Behörden sind auf drei Städte in Europa verteilt. Auf London (Banken), Frankfurt (Versicherungen) und Paris (Börsen).



Michel Barnier

Auch der Grünen-Vertreter Sven Giegold, Berichterstatter für die Börsen- und Wertpapieraufsicht, spricht von einem „wichtigen Schritt vorwärts“. Al-



Hans-Peter Mayer



Matthias Groote



Sven Giegold

Als klaren Erfolg des Parlaments, das gegenüber dem Rat „Kommissionspositionen zurückerobert“ habe, wertet Giegold im Gespräch mit dieser Zeitung: „Die künftige EU-Finanzaufsicht ist auch für den Konsumentenschutz zuständig“. Das, erklärt Giegold, sei „vorher nicht vorgesehen“ gewesen. Der Grünen-Politiker sieht hier einen persönlichen Verdienst. Dasselbe gilt für das Recht der EU-Aufsicht, dass sie „gefährliche Finanzprodukte verbieten kann.“

Zu den durchgesetzten Zielen des Parlaments habe auch gehört, „die Obergrenze über EU-weit aktive Kreditinstitute bei den neuen EU-Behörden anzusiedeln. Sie haben ein direktes Durchgriffsrecht“, sagt Giegold. Gestärkt worden sei die Rolle der EU bei der Einrichtung von Fonds. „Das ist höchst erfreulich“, wertet Giegold. Denn so werde verhindert, dass der Steuerzahler wieder für die Rettung einer sogenannten systemrelevanten Bank aufkommen müsse. Es habe zudem Bereiche gegeben, „wo die Kommission bessere Vorschläge als der Rat gemacht hat und das Parlament die Brüsseler Positionen durchgekämpft hat“.

Außerdem: Die Behörden „sind unabhängig“, sagt Giegold. Ihre Vorsteher würden zwar vom Rat bestimmt, müssten aber vom Parlament bestätigt werden. Und das ist eine Stärkung der EU-Volksvertretung im Zuge der Reform zur EU-Finanzmarktaufsicht. Für den EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier steht fest, dass die Neuerungen „Ein Meilenstein“ seien. „Wir haben die jüngste Finanzkrise nicht kommen sehen. Mit dem neuen Aufsichtsrahmen rüsten wir uns für die Zukunft.“



Künftig unter der Aufsicht der EU ist auch der Finanzplatz in Frankfurt am Main. Foto: ddp